

HESSISCHER
LANDTAG

AUSGABE 07/2023 – 22. SEPTEMBER



GÜNTER RUDOLPH
Fraktionsvorsitzender

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

hinter uns liegt die letzte Plenarwoche vor den Landtagswahlen am 8. Oktober. Wer vermutet hat, dass diese drei Sitzungstage für viel Diskussion und stellenweise auch erhitzte Gemüter sorgen würden, der hat sich nicht getäuscht.

Uns als SPD-Fraktion war es wichtig, noch einmal aufzuzeigen, wo die drängendsten Probleme in Hessen liegen: beim Sanierungsstau an Hessens Schulen, bei den fehlenden Lehrkräften und Erzieherinnen und Erziehern, beim fehlenden bezahlbaren Wohnraum und bei der schleppenden Transformation unserer Wirtschaft.

Um all das wird es am 8. Oktober gehen. Aber es wird auch darum gehen, wie es mit unserer Demokratie weitergeht. Denn diese müssen wir zunehmend stärker verteidigen vor rechten Gruppierungen und Parteien – gemeinsam und jeden Tag.

Wir sehen uns als Demokraten mit Parteien konfrontiert, die den freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat angreifen, die seine Institutionen und seine Repräsentanten verächtlich machen und deren Ideologie den inneren Frieden in Deutschland und den Frie-

den zwischen den Staaten in Europa in Gefahr bringt.

Mit diesen Parteien kann und darf es für demokratische Politikerinnen und Politiker keine Zusammenarbeit geben, diese Parteien müssen politisch bekämpft werden. Wir Sozialdemokraten wissen das und handeln entsprechend: Kein Fußbreit den Rechten. Das haben wir auch in der zurückliegenden Plenarwoche deutlich gemacht. Klar ist aber auch, dass politischer Dissens unter demokratischen Parteien ausgehalten und auch ausdiskutiert werden muss. Denn es wird hochgefährlich, wenn eine Partei der inhaltlichen Diskussion unter Demokraten aus dem Weg geht und, wie zuletzt die CDU in Thüringen, stattdessen mit den extremen Rechten Politik macht.

Das Wichtigste zu der zurückliegenden Plenarwoche und alle weiteren Themen finden Sie auf den nachfolgenden Seiten. Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre.

Mit herzlichen Grüßen
Ihr Günter Rudolph

LANDESREGIERUNG MUSS HANDELN, NICHT VERZÖGERN

UNA 20/2



Im Rahmen der Plenardebatte zum rechten Terror in Hanau aus dem Februar 2020 und den Ergebnissen des Untersuchungsausschusses 20/2 des Hessischen Landtags sagte die Obfrau der SPD-Fraktion, Heike Hofmann: „Wir haben das

Attentat von Hanau zum Thema der Sitzung gemacht, weil wir ein Schlaglicht auf die Verzögerungstaktik von CDU und Grünen werfen wollen. Die hessischen Bürgerinnen und Bürger wollen und sollen wissen, welche Fehler gemacht wurden. Die verzögerte Offenlegung der Erkenntnisse nach der Landtagswahl ist ein unwürdiges Verhalten und zeugt davon, dass diese Landesregierung aus CDU und Grünen Aufklärung und Transparenz nicht wollen. Ein öffentlicher Diskurs über Verfehlungen soll nicht stattfinden.“ Bis zum heutigen Tage fehle es an einer

transparenten Darlegung der Konsequenzen aus dem rechtsextremistischen Attentat in Hanau. Angehörige und Überlebende fühlten sich nicht hinreichend geschützt. „Rechter Terror muss allumfassend aufgearbeitet und aufgeklärt werden, denn Rechtsextremismus ist die größte Bedrohung für die Demokratie. Wir Demokratinnen und Demokraten müssen im Kampf gegen rechtes Gedankengut zusammenstehen und wir dürfen vor allem Aufklärung nicht verhindern. Auch deshalb darf die hessische Landesregierung aus CDU und Grünen nicht weiter verzögern. Sie muss handeln“, so Hofmann.

ZUPACKENDE WIRTSCHAFTSPOLITIK: FEHLANZEIGE

Der Hessische Landtag hat sich mit der wirtschaftspolitischen Bilanz der schwarzgrünen Landesregierung befasst. „Der von den Koalitionsfraktionen vorgelegte Antrag ist in der Tat sinnbildlich für die Wirtschaftspolitik der Landesregierung in den vergangenen zehn Jahren: sie beschränkt ihr Wirken auf das Bejubeln vermeintlicher eigener Leistungen und Erfolge, während sich die hessische Wirtschaft einer Vielzahl neuer Herausforderungen gegenüber sieht. Den Arbeitsplätzen in Hessen sowie der Wirtschaft hilft aber nur eine zupackende und aktiv gestaltende Wirtschaftspolitik, die nah an den Beschäftigten und Betrieben dran ist. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund hat die SPD-Landtagsfraktion in den vergangenen Jahren im Rahmen ihrer ‚Dialogtour der Arbeit‘ eine Vielzahl von hessischen

Unternehmen und Betrieben besucht. Nicht zuletzt hierdurch haben wir ein sehr gutes Gespür dafür bekommen, wo die Nöte und Sorgen liegen, welche Herausforderungen besonders drängend sind und wo die Landespolitik vorrangig tätig werden muss“, kritisierte der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Tobias Eckert, den von Bündnis 90/Die Grünen eingebrachten Entschließungsantrag „Wirtschaft in Hessen: zehn Jahre Stabilität, Verlässlichkeit und Aufbruch“. Die Wirtschaft in Hessen stehe vor enormen Veränderungsnotwendigkeiten. „Wir wollen mit einem Transformationsfonds dafür sorgen, dass starke Wirtschaft und gute Arbeit untrennbar miteinander verzahnt und zielgerichtet gefördert werden,“ erklärte Eckert und mahnte eine aktivere Rolle der



Landesregierung für eine zukunftsweisende Wirtschaftspolitik an: „Hessen braucht aber mehr als das passive Zuschauen von der Seitenlinie – die nächste Landesregierung muss sich aktiv dafür einsetzen, dass Hessen auch weiterhin ein attraktiver, starker und innovativer Wirtschaftsstandort bleibt. Die Sozialdemokratie steht hierfür bereit, hat die passenden Konzepte – und vor allem: den Mut zu gestalten.“

AKTUELLE STUNDEN

KURZ UND KNAPP

**VERSCHLEIERUNG
STATT TRANSPARENZ**

Nachdem sich der Kultusminister **weigere** konkrete Zahlen zu nicht besetzten Lehrerstellen zu nennen, adressierte Christoph Degen Ministerpräsident Rhein: „Sorgen Sie für Transparenz und dafür, dass die Wählerinnen und Wähler vor dem 8. Oktober wissen, wie es um unsere Schulen steht. Schaffen Sie Klarheit, wie viele Lehrstellennichtbesetzt sind.“ Die Arbeitsverweigerung von Minister Lorz sei verantwortungslos. Der Mangel an Fach- und Lehrkräften in Kitas und Schulen, Lernrückstände durch Corona und der verschleppte Sanierungstau von Schulgebäuden seien die bildungspolitisch gravierendsten Probleme. „Bildung muss in Hessen Priorität haben. Es ist Zeit für neue Lehrkräfte. Nur mit mehr und besser qualifizierten Lehrkräften und auch Erzieherinnen und Erziehern können wir die Arbeitsbedingungen verbessern. Nur mit Investitionen in Fachkräfte, gute Ausbildungs- und Studienbedingungen und moderne Bildungseinrichtungen schaffen wir den Weg aus der Bildungskrise. Dafür brauchen wir einen Regierungswechsel in Hessen. 25 Jahre CDU sind genug“, sagte Degen.



NUR GEMEINSAM

In einer aktuellen Stunde



zum Thema Geflüchtete auf Lampedusa erklärte die flüchtlingspolitische Sprecherin Nadine Gersberg, dass die Situation um die Geflüchteten auf der sehr kleinen Insel Lampedusa seit 2011 aufgrund ihrer kleinen Fläche immer wieder auftrete und auch mit dem Verhalten Italiens zusammenhänge. „Ja, es kommen weiter Geflüchtete nach Europa und ja, die kleine Mittelmeerinsel ist damit überfordert und braucht eine Lösung. Eine Lösung, wie sie auch einige Hessische Kreise und Kommunen brauchen. Benötigt wird eine andere Verteilung der Geflüchteten und mehr Geld. Wir können die Migrationsherausforderung als Europäerinnen und Europäer nur gemeinsam bewältigen. Die Grundsätze für eine gemeinsame europäische Migrationspolitik müssen Humanität, Steuerung der Zuwanderung, Rückführungen bei keiner Aussicht auf eine Aufenthaltserlaubnis und ein hartes Vorgehen gegen Schleuser sein“, machte Gersberg deutlich. Genau dafür setze sich insbesondere Bundesinnenministerin Nancy Faeser seit Monaten ein.

FEHLENDE CHANCENGLEICHHEIT UND FEHLENDE LEHRKRÄFTE

Nina Heidt-Sommer hat die gravierenden Probleme an Hessens Schulen benannt und die Untätigkeit der CDU-geführten Landesregierung angesprochen. Sie betonte, dass die Zustände an den Schulen ein klarer Spiegel für die Politik der Landesregierung aus



CDU und Grünen seien, die sich weigere, Verantwortung für das unzureichende Handeln der letzten 24 Jahre zu übernehmen und geeignete Lösungsansätze zu entwickeln. „Fehlende Chancengleichheit und fehlende Lehrkräfte, die nicht nachzuqualifiziert, sondern nach fünf Jahren in die Arbeitslosigkeit geschickt werden, um gezielte Entfristung zu verhindern“, das sei das Bild an hessischen Schulen, kritisierte Nina Heidt-Sommer. Hessen sei außerdem auf die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung schlecht vorbereitet. Eine Bildungswende sei nur mit den Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten möglich.

KEINE POLITIK GEGEN DAS AUTO

In der Debatte um Verkehrspolitik unterstrich der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Stephan Grüger, dass auch in der Verkehrspolitik für die SPD die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität gelten. „Mobilität ist Freiheit, jeder Mensch muss diese Freiheit haben, dies ist eine Frage der Gerechtigkeit“, so Grüger. Dies gelte auch für Menschen ohne Auto. Im ländlichen Raum bedeute das Auto aber nicht nur Freiheit, sondern es sei eine pure Notwendigkeit. „Die Politik der SPD-Landtagsfraktion ist an der freien Wahl des Verkehrsmittels orientiert und daran, Verkehrsmittel miteinander kombinierbar zu machen, nicht aber sie gegeneinander auszuspielen“, fasste Stephan Grüger zusammen.



ZUKUNFTSFÄHIGE MOBILITÄT

VERKEHRSWENDE



Der Hessische Landtag hat sich in zweiter Lesung mit dem SPD-Gesetzentwurf für ein hessisches Verkehrswendegesetz befasst. Die Initiative greift die Forderungen des Volksbegehrens „Verkehrswende“ auf, welches mehr als 70.000 Unterstützerinnen und Unterstützer für einen Wandel hin zu nachhaltiger Mobilität zusammenbringen konnte. Der entsprechende Gesetzentwurf wurde von der Landesregierung als in Teilen verfassungswidrig eingestuft und nicht weiterverfolgt. „Das von uns einge-

brachte Verkehrswendegesetz leistet einen Schritt hin zu einer zukunftsfähigen Mobilität. Nicht zuletzt, weil es Ziele definiert, wohin sich die Mobilität in Zukunft entwickeln muss. Im letzten Sommer drückte die Landesregierung ihr ‚Nahmobilitätsgesetz‘ durch, das einiges hat vermissen lassen: klare Botschaften, wohin man möchte und Strategien, wie man Veränderungen zielorientiert umsetzen kann. Im Gegensatz zu Schwarzgrün schreiben wir die Zielvorgaben ins Gesetz, denn diese sollen transparent und für die Bürgerinnen und Bürger sein. Nur so kann die Integration aller Mobilitätsarten realisiert werden und nur so können beispielsweise Umstiege zwischen einzelnen Verkehrsträgern darstellbar sein“, erklärte der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Tobias Eckert.

ZU WENIG STUDENTISCHER WOHNRAUM



„Es gibt zu wenig studentischen Wohnraum. CDU und Grüne hatten mit ihrem Koalitionsvertrag versprochen, für 10% der Studierenden Wohnheimplätze vorzuhalten. Dieses Versprechen hat die Landesregierung gebrochen“, sagte Dr. Daniela Sommer in einer Debatte zum studentischen Wohnraum. Über 10.500 Studierende suchten laut Anfrage in 2021 eine Wohnung. „Vom laut verkündeten Ziel des schwarzgrünen Koalitionsvertrags ist Hessen immer noch weit entfernt. In der kommenden Wahlperiode geht es darum, zahlreiche Wohnheimplätze schnell auf den Weg zu bringen. Wir wollen Hessen moderner und gerechter gestalten. Dafür treten wir an“, so Sommer.

ANSPRUCH UND WIRKLICHKEIT KLAFEN WEIT AUSEINANDER

EGOVERNMENT-BOOSTER-GESETZ



„Anspruch und Wirklichkeit klaffen in Hessen weit auseinander. Das beginnt bereits beim Glasfaserausbau und dabei stellt dieses die Grundlage für unsere digitale Transformation dar. Wirklich ange-

schlossen sind in Hessen lediglich 16 Prozent der Haushalte“, erklärte der digitalpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Bijan Kaffenberger, in der Zweiten Lesung des SPD-Entwurfs zum eGovernment-Booster-Gesetz. Auch bei der Digitalisierung der Verwaltung rede sich die Landesregierung die Welt schön. Die letzte schwarzgrüne Novelle des eGovernment-Gesetzes sei alles andere als innovativ gewesen. „Wir brauchen zukunftsweisende Ansätze, um die Verwaltung von

Morgen zu gestalten“, so Kaffenberger. Das eGovernment-Booster-Gesetz beinhalte eine Menge an Regelungen, die von einer breiten Mehrheit der Digitalisierungsexpertinnen und -experten begrüßt würden. „Kommunen müssen einbezogen, Prozesse evaluiert, Schriftformerfordernisse abgebaut und Beschäftigte weitergebildet werden. Wir brauchen die flächendeckende Einführung der E-Akte und regelmäßige Fortschrittsberichte hinsichtlich der Digitalisierung. Zur Planungsbeschleunigung müssen digitale Erörterungen ermöglicht werden“, so Kaffenberger.

GEFAHR FÜR DIE DEMOKRATIE

Der Hessische Landtag hat sich in einer Debatte mit einer Großen Anfrage der SPD-Landtagsfraktion zur Rolle von Des- und Misinformation und der hiermit verbundenen Gefahr für Demokratie und Gesellschaft befasst. Insbesondere über die sozialen Medien verbreiten sich Des- und Misinformation besonders schnell, entsprechende Inhalte bzw. Internetseiten weisen innerhalb kürzester Zeit teils hunderttausende Zugriffe auf. „Dies birgt ernsthafte Gefahren sowohl für unsere Gesellschaft, in der Misstrauen geschürt und Spaltungen vertieft werden, als auch für die Demokratie. Es ist die enorme Reichweite, die Fake News so gefährlich machen – für unser Zusammenleben, unsere



Demokratie und insbesondere für Kinder und Jugendliche“, sagte die medienpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Angelika Löber. „Wenn Falschinformationen in den öffentlichen Diskurs eindringen, können sie politische Entscheidungen verzerren und dazu führen, dass die Politik nicht mehr im besten Interesse der Bürgerinnen und Bürger handelt. Hier sind wir Demokratinnen und Demokraten gefragt, wo immer notwendig, klare Kante zu zeigen und dies als das zu benennen, was es ist: Mis- und Desinformation mit dem Ziel, politische Diskurse zu verfälschen, die Öffentlichkeit zu täuschen und die gesellschaftliche Spaltung zu vertiefen, so Löber.

CDU HAT 25 JAHRE GUTE KITA-POLITIK VERSCHLAFEN

„In Hessen fehlen 37.000 Kita-Plätze und es besteht ein massiver Fachkräftemangel“, erklärte die stellv.



Vorsitzende und sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Lisa Gnadl, in der Debatte über Änderungen im Kinder- und Jugendhilfegesetz. „Wir müssen für bessere Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen sorgen. Dazu gehören eine grundsätzliche Ausbildungsvergütung und die vollständige Abschaffung des Schulgeldes genauso wie eine höhere Eingruppierung der Beschäftigten im Tarifsysteem oder multiprofessionelle Teams. Nur so kann der Bedarf an Betreuungsplätzen und die Qualität in den Kitas erhalten und ausgebaut werden“, erklärte Gnadl. Damit das alles – Gebührenfreiheit, Ausbau der Kitaplätze, flexiblere Öffnungszeiten und ergänzende Angebote zu Randzeiten, mehr Personal, bessere Bezahlung und mehr Qualität – gelinge, müsse das Land die Kommunen stärker finanziell unterstützen.

KRANKENHAUSPLANUNG VERBESSERN



„Eine gute medizinische Versorgung gehört zu den Grundpfeilern der Daseinsvorsorge. Gute Versorgung in erreichbarer Nähe braucht zukunftsfähige Konzepte. Dazu hat die Landesregierung keine Ideen und kein Konzept“, erklärte die gesundheitspolitische

Sprecherin der SPD-Fraktion, Dr. Daniela Sommer, in der Debatte zur Gesundheitsplanung. Sommer forderte ein Gesamtkonzept, eine verlässliche, aktive Krankenhausplanung mit einem speziellen Augenmerk auf regionale Besonderheiten. Ziel müsse sein, Unterversorgungen sowie Parallelstrukturen abzubauen, eine bedarfsgerechte Steuerung von Geldern und Unterstützung umzusetzen, sodass nirgends eine Unterversorgung drohe, noch eine Fehl- oder Überversorgung bestehen bleibe.

IMPRESSUM:

SPD-Fraktion im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden

REDAKTION:

Isabel Kunkel,
Cord Wilke.

BILDER:

Angelika Aschenbach,
Christof Mattes.